

Eine Schneise für das freie Wort

Internet und Demokratie in Asien

Die chinesische Polizei in der Provinz Hunan war schnell bei der Sache. Handschellen klickten, und der Täter, Chen Shaowen, war verhaftet. Sein Vergehen: „Benutzung des Internets, um den Staat zu unterwandern“. Chen habe – so die offizielle Begründung – „wiederholt reaktionäre Webseiten angewählt und Artikel an ausländische Homepages geschickt“. Die Strafe kann heftig ausfallen. So erhielt ein anderer „Täter“ elf Jahre Haft für das Herunterladen und Ausdrucken von rund 500 Dokumenten.

Die Informationstechnologie hat die Welt verändert. Per Internet fließen riesige Datenströme von Kontinent zu Kontinent. Regierungen können nicht länger in dem Ausmaß ihre Massenmedien kontrollieren, wie das in einigen Staaten in Asien in der Vergangenheit der Fall war. China ist hier ein besonders markantes Beispiel. Erst Ende 1995 hatte das Regime seinen Bürgern den Zugang zum Internet erlaubt. Seit diesem Zeitpunkt regeln über 60 Gesetze die Benutzung. Mit Filtern sorgt man an höchster Stelle bis heute dafür, dass bestimmte E-mails unleserlich gemacht oder unliebsame Webseiten ganz vom Reich der Mitte ferngehalten werden.

Über 30 000 Sicherheitsbeamte überwachen mit Argusaugen das Internet, und selbst persönliche E-mails bleiben nicht unangetastet. Den Bann der Zensoren treffen dabei so unterschiedliche Angebote wie das der New York Times, des Playboy oder des Dalai Lama. Auch Suchmaschinen wie Google und Altavista sind stets verdächtig. Die chinesischen Nutzer hat diese Zensur- und Reglementierungswut jedoch nicht nachhaltig verschreckt. Denn sogar amtliche Statistiken belegen, dass sich die Anzahl der Internetnutzer alle sechs Monate verdoppelt hat und heute bei knapp 50 Millionen liegt – ein immenses Potential und Beleg dafür, dass das Internet gewichtigen Einfluss auf den politischen und sozialen Wandel in China hat.

Welchen Einfluss aber hat das Internet in Asien tatsächlich? Wie wirkt es sich auf demokratische Verhältnisse in den einzelnen Ländern der Region aus? Beeinflusst es gar Demokratie, indem es etwa den Zugang zu Informationen erleichtert, den Austausch von Meinungen ermöglicht, ein Forum bietet und politisches Bewusstsein schafft? Das Regionalprojekt der Konrad-Adenauer-Stiftung legt Anfang des kommenden Jahres eine Studie „Internet und Demokratie in Asien“ vor. Anhand von Beispielen aus neun Ländern Asiens, darunter China, Indien, Indonesien, Malaysia, Singapur, Südkorea und die Philippinen geben prominente Autoren Antworten. Wesentliche Inhalte sind dabei: Geschichte, politischer Hintergrund, wichtige Rahmendaten; Überblick über die Mediensituation in den einzelnen Ländern; Entwicklung des Internets und Verbreitung; Internet und politische Aktivitäten; staatliche und nichtstaatliche Schlüsselinstitutionen und ihre Maßnahmen; Rolle und Einfluss des Internets auf die Politik.

Die Informationstechnologie hat auch in Asien die Art und Weise verändert, wie Politik und Geschäfte gemacht werden. Es gibt fundamentale Unterschiede, wie man an Informationen kommt, wie beispielsweise Kommunalverwaltungen organisiert sind und wie Dienstleistungen angeboten werden. Ein besserer Zugang zu Informationen bringt den Bürger näher an die Politik, an Entscheidungsprozesse und Dienstleistungen heran. Die Informationstechnologie verändert wirtschaftliche und politische Strukturen. Der heutige Bürger in Asien lebt in einer digitalen Zeit. Öffentliche Institutionen können nicht länger abseits stehen, sie gehen aktiv „online“, um nicht den Anschluss zu verpassen.

Neue Medien und Informationstechnologie (IT) sind zum Beispiel wichtige Schlagworte für die Politik in Südkorea. Die Regierung in Seoul investiert eine Menge Geld in die Medieninfrastruktur. Ein offeneres politisches Umfeld hat seit Mitte der 90er Jahre den Zugriff auf Informationen und das Recht auf freie Meinungsäußerung wesentlich verbessert. Langes Leid mit autoritären Regierungen hat in Südkorea so genannte Grassroots Online Movements entstehen lassen –Bürgervereinigungen, die per Internet direkt in der Politik mitsprechen. Ihr Ziel ist, sich für soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte einzusetzen sowie Korruption öffentlich anzuprangern. Eindrucksvolles Beispiel: Bei den Parlamentswahlen im April 2000 zwang ein Bündnis aus rund 500 Bürgervereinigungen die Wahlkommission, eine Liste derjenigen Kandidaten ins Netz zu stellen, welche in der Vergangenheit straffällig geworden waren. Das Bündnis zählte darüber hinaus auf einer eigenen Website Bewerber mit Steuervergehen auf und solche, die in der Vergangenheit gemeinsame Sache mit dem autoritären Regime gemacht hatten.

Singapur nimmt mit seinen rund vier Millionen Einwohnern in der Statistik der Internetverbreitung einen Spitzenplatz ein. Die Regierung des kleinen Stadtstaates fördert massiv die Informationstechnologie. IT ist Teil des Lehrplans an Schulen. Mit einem großen Programm will man in den nächsten drei Jahren 350.000 Bürgern einfache Computer- und Internetkenntnisse vermitteln. Im

Bereich E-Government ist Singapur innerhalb Südostasiens das Land mit den besten Möglichkeiten. 30 Prozent seiner Bürger haben im vergangenen Jahr ihre Steuererklärung online abgegeben. Diese Prozentzahl ist vergleichbar mit den USA. Mit einem Portal erhalten die Bürger Singapurs Zugang zu allen offiziellen Dienstleistungen der Stadt. Vieles, wie Adressenänderungen, Import- oder Exportbescheinigungen, Ausstellung eines Passes oder Führerscheins, Erteilung von Erlaubnissen zur Führung eines Geschäftes, eines Patentes etc., ist online erhältlich. Am Rande: auch die Registrierung des Regionalbüros der Konrad-Adenauer- Stiftung im vergangenen Mai war online machbar. Für die Philippinen sind im IT-Bereich nur sehr schwer gesicherte statistische Daten erhältlich. Ende 2000 lag die Zahl der Internetnutzer bei rund 2 Millionen von ca. 80 Millionen Menschen Gesamtbevölkerung. Mitte des vergangenen Jahres waren mehr als 100 Behörden online, darunter nicht gezählt die Webseiten der Provinzregierungen und wichtigen Städte des Landes. Der gesamte südostasiatische Raum hat sich eine so genannte „ASEAN Informationsinfrastruktur“ als Programm auf die Fahnen geschrieben, das dabei helfen soll, die Lücke zwischen den weit fortgeschrittenen Staaten wie Singapur und Malaysia und dem Rest der Staatengemeinschaft zu schließen. Zurück nach China. Dass das Regime in Peking bald seine Zügel lockern könnte, davon war auf dem Parteitag der chinesischen KP nichts zu hören. Im Gegenteil, alle Medien, so hieß es, wolle man weiter in den Dienst des Staates stellen. Ihre Aufgabe sei es, „wohlwollend positiv“ die Entwicklung der Volksrepublik zu begleiten. Wenig Hoffnung also für Chen Shaowen, bald freigelassen zu werden.

Autor

WOLFGANG MÖLLERS
ist Journalist und
Regionalbeauftragter der
Konrad-Adenauer-Stiftung
für Südostasien.
Von Singapur aus leitet
er ein Medienprojekt zur
Aus- und Weiterbildung
von Journalisten.